Bezugspreis für Dezember durch die Post Lezugen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Sternfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borkener Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gasstigmstraße 13 Ecke Hamburger Straße – Fernsprecher Nr 2148 2149 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster Privatpalmark 13/11 Fernspr. Nr 78. – Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion. Paul Fr. Hügen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe | Dienstag, den 6. Dezember 1927 | 76. Jahrgang. Nr. 1257

Zur 48. Ratstagung.

(Von unserem Genfer Korrespondenten.)

jt. **Genf**, 2. Dezember.

Es ist heute — 48 Stunden vor der 48. Ratstagung — durchaus noch nicht entschieden, ob die aufgeregten Sensationen, die man seit einiger Zeit zusammenkombiniert hat, in der kommenden Woche Ereignis werden. Die wildesten Vermutungen, die zu Anfang der Woche noch „bombensicher" waren und eine Serie von „diplomatischen Großkampfagen" erwarten ließen, werden heute bereits wesentlich ruhiger besprochen. Die wie ein geölter Blitz verlaufene Abrüstungsdebatte hat manche Illusion über die geheimen Pläne der Sowjets zerstört. Man rechnet nach dieser Ernüchterung weder einmal etwas praktischer mit den konkreten Möglichkeiten und gibt zu, daß man eigentlich weder über die definitive Gestaltung des Ratsprogramms noch über die grundbedingenden Faktoren der zu erwartenden Debatte Bescheid weiß. Ob die Russen bleiben, ob Pilsudski und Titulesco kommen — ob also die Debatte groß oder klein aufgezogen wird, das alles ist ebenso unklar wie die Fabel von dem jugoslawischen Protest gegen den neuen Albanienpakt oder das Märchen von dem Rendezvous zwischen Mussolini und Briand. Die Bilanz die man aus alledem ziehen kann, ist die alte Warnung, daß in bezug auf diese Ratstagung wieder einmal sehr viel sensationelle Propaganda gemacht worden ist, von der man vorsichtigerweise nur die Hälfte glauben soll. Rechnen wir also zunächst nur mit den vorhandenen Tatsachen und den qualifizierten Möglichkeiten des Tagungsprogramms.

*

Unter den 31 Punkten der Traktandenliste sind etwa 4 Fragen kompliziert und weittragend genug um breiteres Interesse zu beanspruchen: 1. der litauisch-polnische Streit, 2. der rumänisch-ungarische Konflikt, 3. die neue oberschlesische Schulfrage und 4. verschiedene Danziger Probleme. Über verschiedene andere Differenzen und Fragen — z. B. den deutsch-griechischen Streit um „Salamis", die griechischen, bulgarischen und ungarischen Anleihepläne und mehrere Detailfragen über die Ausführung der Resolutionen der Weltwirtschaftskonferenz — können sich kleinere Debatten entwickeln, die interessant — aber nicht ausschlaggebend sind.

Brennpunkt der Tagung ist naturgemäß die zum Wilnakonflikt ausgewachsene Minderheitenstreitigkeit zwischen Kowno und Warschau. Nach der durch russische Intervention, polnische und litauische Zweideutigkeiten und eine fabelhafte Pressekampagne beschworenen Zuspitzung, die durch gleichzeitige Anwesenheit Woldemaras, Pilsudskis, eines russischen Beobachters (?), der litauischen Opposition (Dr. Bistras und Pleschkaitis?) noch weiter verschärft werden kann und vor dem internationalen Hintergrund der Genfer Außenministerversammlung demonstriert werden soll — nach all diesen Aufsteigerungen des Problems und seiner Lösungsversuche kann es in der Tat möglich sein, daß eine Wilnadebatte größeren Stils Ereignis wird. Man kann dieser Aussicht allerdings sehr leicht die andere entgegensetzen, daß trotz aller gehässigen Parteierklärungen der letzten Tage, durch die Vorverhandlungen der Mächte, durch Demarchen an allen Ecken und Kanten mittlerweile eine gewisse Abklärung geschaffen worden ist, in der explosive Sensationen kaum noch zu befürchten sind. Die in diesen Tagen gehörte Bemerkung eines diplomatischen Sachkenners von einigem Rang . . . der Knalleffekt sei schon verpufft, jetzt, folge die langweilige Einzelbehandlung des Wilnathemas . . . diese ernüchternde Feststellung sei jedenfalls genau so glaubhaft wie die aufgeregte Interpretation gewisser Boulevardblätter. Sachlich gesehen ist es eigentlich selbstverständlich, daß der Völkerbundsrat im Augenblick nicht sehr viel mehr tun kann als das, was er in Zeiten großer Verwirrung immer tut: Anordnung einer gründlichen Untersuchung des Tatbestandes und Schaffung von Verhandlungsmöglichkeiten zwischen den Parteien usw. Formelles Ergebnis dieser Ratspolitik wird vermutlich die von beiden Parteien gewünschte Beseitigung des „Kriegszustandes" sein. Unter welchen Bedingungen er zustandekommt, ob die Wilnafrage in diese Liquidation bereits einbezogen wird (wie Pilsudski es will) oder ob ihre Lösung einer späteren Parteiverhandlung überlassen bleibt (wie Woldemaras es anstrebt) ist noch vollkommen ungewiß. Man kann jedenfalls ziemlich sicher sein, daß der Rat eine vermittelnde Formel findet. Daß nebenher — außerhalb des Rates — für die weitere Klärung des eigentlichen Wilnastreites durch private Konferenzen der Großmächte eine über die Ratstätigkeit hinausgehende, tiefer greifende Einwirkung auf die Lösung der Frage versucht wird, ist ohne Zweifel anzunehmen. Nur weiß man außer der verschiedenartigen Stellungnahme der Mächte sozusagen nichts Positives über die Modalitäten, in denen eine Endlösung der Frage möglich sein kann. Seydoux spricht im „Petit Parisien" auffallend viel von der durch Jagiellos Ehebund seit 1386 bestehenden Schicksalsgemeinschaft der beiden Länder. Dann sieht man in ähnlicher Richtung die Umrisse des alten belgischen Planes von 1921, der Wilna zu Litauen schlagen will . . . wenn die Außenpolitik und die Generalstäbe auf einen litauisch-polnischen (Lies-polnischen) Generalnenner gebracht werden. Endlich existieren noch folgende Versionen: Teilung des Gebietes in ein polnisches Stadtgebiet und ein litauisches Landgebiet, Zuteilung Wilnas an Polen gegen anderweitige Kompensationen an Litauen und (neueste Meldung) Schaffung eines autonomen Wilnagebietes nach dem Muster des Memellandes. Sehr gut möglich, daß eine dieser Versionen zur Grundlage der Endlösung gemacht wird. Es kann aber auch sein, daß das Mächtekonzert zunächst die vom „Daily Telegraph" avisierte Kommission einsetzt. Oder verra . . . man wird, um diesen passenden Völkerbundsausdruck zu gebrauchen, sehen.

*

Die gleiche beruhigende Redewendung muß man wohl auch bei der Wertung des ungarisch-rumänischen Streitfalls anwenden. Denn — man weiß zunächst noch nicht einmal, ob dieser veritable Hahnenkampf zwischen der Souveränitätsidee und dem Rechtsprinzip noch eine neue Auflage erleben wird, weil es nach Lage der Dinge so aussieht, als ob Titulesco nicht nach Genf kommen wird. Eine Vertagung wäre für diesen Fall unumgänglich. Sollte Titulesco wider Erwarten doch kommen, so wird der Rat sich den gleichen Schwierigkeiten wie im September gegenübersehen, weil Ungarn die Annahme der fragwürdigen Ratsempfehlung glatt abgelehnt hat. Daß der Rat in dieser Lage seine (von Rumänien akzeptierte) Empfehlung in eine Entscheidung verwandeln wird, ist kaum zu erwarten, weil die darin liegende Begünstigung Rumäniens die Idee der Schiedsgerichtsbarkeit — eine der Grundlagen des Bundes — allzu deutlich ins Gesicht schlägt. Mehr Aussicht scheint daher die Stresemann'sche Anregung zu haben, diesen juristisch komplizierten Fall dem Haager Schiedshof vorzulegen.

Ähnliche Schwierigkeiten juridischer Natur haben im September auch die Lösung der Danziger Probleme (Danziger Zollkontrolle, Aufsichtsrecht über die Westernplatte, Danzig als polnischer Kriegshafen usw.) so stark behindert, daß sie auf der kommenden Tagung noch einmal debattiert werden müssen. Soweit man hört, ist außer dem Anleiheproblem keine der genannten Fragen mittlerweile vorangekommen. Man muß daher auf erneute Diskussionen schärfster Art gefaßt sein.

Bedeutend klarer — wenn auch nicht ohne Schwierigkeit — ist das Problem des durch polnische Willkür geschaffenen neuen oberschlesischen Schulstreites. Die Rechtslage ist hier durch die Note Schuberts noch einmal scharf und eindeutig umrissen. Die polnischen Versuche durch Mißbrauch des Genfer Märzabkommens langsam eine neue Interpretation der Genfer Minderheiten-Konvention zu erschleichen, um das Selbstbestimmungsrecht der Erzieher zu vernichten, verlangen in dieser für das gesamte Minderheitenproblem entscheidend wichtigen Frage eine sehr klare Stellungnahme Deutschlands, die neuem Mißbrauch endgültig vorbeugt. Daß diese Notwendigkeit einen Schatten auf die Handelsvertragsverhandlungen werfen kann, ist kaum zu befürchten. Sollte es dennoch sein, so hat Warschau die Verantwortung zu tragen.

Die Besprechung Chamberlain—Litwinow ergebnislos verlaufen.

⊕ **Genf, 5. Dez. (Tel.) Über die heutige Unterredung zwischen Chamberlain und Litwinow, die von ½3 bis ¼4 Uhr dauerte, wird von der englischen Delegation ein Communiqué veröffentlicht, das, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen festgesetzt worden ist und folgenden Wortlaut hat:**

„Da Litwinow bei Sir Austen Chamberlain eine Unterredung erbeten hatte fand heute nachmittag im Hotel „Beau Rivage" eine Zusammenkunft statt. Die Zusammenkunft gab Gelegenheit zu einem freimütigen Gedankenaustausch über die Beziehungen zwischen der Regierung der Union der Sowjetrepubliken und der britischen Regierung. Es war jedoch nicht möglich, in der Unterredung irgendeine Basis für eine Verständigung (Agreement) zu finden."

Der hiesige Vertreter der sowjetrussischen Telegraphenagentur hat über die Besprechungen Litwinows mit Briand und Chamberlain folgendes Telegramm nach Moskau gesandt: „Briand versicherte Litwinow, daß das Mißverständnis, das durch die Rakowski-Angelegenheit entstanden war, als endgültig beigelegt betrachtet werde und daß von einer Unterbrechung der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland keine Rede sein kann. Nach der Ankunft des neuen Botschafters in Paris werden die Verhandlungen über die Schulden- und über die Kreditfrage wieder aufgenommen, ebenso auch die Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt. Die beiden Staatsmänner haben auch den polnisch-litauischen Konflikt besprochen, wobei beide die Notwendigkeit der sofortigen Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Litauen und Polen anerkannt haben. Auch andere Probleme internationaler Art wurden besprochen.

Die Besprechung Litwinow mit Stresemann hat sich ebenfalls hauptsächlich um die polnisch-litauische Frage gedreht und um die Notwendigkeit der Aufhebung des Kriegszustandes zwischen den beiden Ländern. Die Unterredung verlief sehr herzlich und freundlich, wobei Litwinow den Standpunkt der Sowjetregierung zum Ausdruck brachte, wie er in ihren beiden Noten an Warschau und Kowno bereits niedergelegt worden ist. In der Besprechung wurde auch festgestellt, daß über diese Fragen keine prinzipielle Meinungsverschiedenheit bestehe."

Aus der Umgebung Chamberlains wird heute abend erklärt, daß für den Empfang Litwinows durch Chamberlain die Rücksichtnahme auf die innerpolitische Lage Englands und die Wünsche der Oppositionsparteien maßgebend gewesen seien. Chamberlain habe Litwinow empfangen, um nicht den Oppositionsparteien die Möglichkeit zu geben, der englischen Regierung den Vorwurf zu erheben, sie habe es unterlassen, mit Litwinow in direkten Verhandlungen eine Neuregelung der russisch-englischen Beziehungen zu prüfen. Die Unterhaltung habe, wie erwartet, jedoch ergeben, daß bei der gegenwärtigen Politik der russischen Regierung, dem völligen Fehlen irgendwelcher Garantien für ein Einstellen der kommunistischen Propagandatätigkeit, eine Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der englischen und der russischen Prüfung zur Zeit nicht als möglich erscheine.

Über die Vorgeschichte des Empfanges erfährt ein Vertreter der TU. noch folgende Einzelheiten: Der Generalsekretär der Sowjetdelegation, Stein, hatte sich zunächst an Dr. Stresemann gewandt mit der Bitte, bei Chamberlain eine Zusammenkunft mit Litwinow zu vermitteln. Dr. Stresemann hat sich jedoch außerstande gesehen, diese Vermittlung von sich aus zu übernehmen. Darauf wandte sich der Generalsekretär an Paul Boncour mit der Bitte, Briand zusammen mit Chamberlain zu einer Unterredung mit Litwinow veranlassen zu wollen. Paul Bonvour hat diesen Auftrag übernommen und Briand, als dieser noch in Paris weilte, telephonisch gebeten, seinen ganzen Einfluß auf Chamberlain geltend zu machen, daß er Litwinow empfangen möge. Während der gestrigen gemeinsamen Fahrt nach Genf hat sich Briand dieses Auftrages an Chamberlain entledigt und Chamberlain erklärte am Ende, er werde sich den Fall überlegen. Die Beamten des Foreign Office, die Chamberlain begleiteten, verhielten sich gegenüber einer Zusammenkunft Chamberlains mit Litwinow sehr ablehnend. Aber als sich Chamberlain nicht zuletzt infolge der Argumente Briands bereiterklärte, Litwinow zu empfangen, wurde beschlossen, daß sich Chamberlain gleich nach seiner Ankunft in Genf telegraphisch mit Baldwin in Verbindung setzte und die Entscheidung des Premierministers erbat. Die Zusammenkunft Chamberlains mit Litwinow ist also danach mit Zustimmung des englischen Premierministers erfolgt.

Ein Tag der Ministerbesprechungen in Genf.

tu **Genf**, 5. Dez. **(Tel.)** Der heutige sitzungsfreie Nachmittag ist wiederum in weitgehendem Maße zu fortgesetzten Verhandlungen benutzt worden. Am Nachmittag fand eine Unterredung zwischen Litwinow und Woldemaras statt. Heute abend um sieben Uhr erfolgte ein Zusammentreffen zwischen Litwinow und Zaleski. Dr. Stresemann suchte nachmittags um fünf Uhr den polnischen Außenminister Zaleski im Hotel de Bergues auf. Die Unterredung dauerte über eine Stunde. An der Unterredung soll auch, wie verlautet, Briand teilgenommen haben. Um ½7 Uhr stattete der litauische Ministerpräsident Woldemaras Dr. Stresemann im Hotel Metropole einen Besuch ab. Die Unterredung dauerte bis ½8 Uhr.

Ungarn und Rumänien sollen direkt verhandeln.

tu **Genf**, 5. Dez. **(Tel.)** Zum ungarisch-rumänischen Streitfall werden aus der Geheimsitzung des Völkerbundsrates folgende Einzelheiten bekannt: Berichterstatter Chamberlain teilte mit, daß der rumänische Außenminister Titulescu mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand kaum vor Ende der Woche in Genf sein könne und deshalb eine Vertagung der Diskussion über den rumänisch-ungarischen Streitfall beantrage. Chamberlain hat hierauf dem rumänischen Außenminister antworten lassen, daß er angesichts des Regierungswechsels und des Gesundheitszustandes Titulescus eine Vertagung auf die Märzsession des Rates vorgeschlagen werde, um direkte Einigungsverhandlungen zwischen den beiden Regierungen zu ermöglichen, ohne jedoch den Rechtsstandpunkt präjudizieren zu wollen. Der ungarische Vertreter Graf Apponyi teilte sodann die Bereitwilligkeit der ungarischen Regierung mit, der neuen Lage in Rumänien Rechnung zu tragen und einer Vertagung zuzustimmen. Der Rat billigte sodann das Telegramm Chamberlains an Titulescu, in dem die Vertagung des Streitfalles auf die Märztagung des Rates ausgesprochen wird. Zu der in der heutigen Geheimsitzung erfolgten Ernennung des bisherigen Leiters der Minderheitenabteilung des Völkerbundssekretariats, Colban, zum Leiter der Abrüstungssektion wird noch mitgeteilt, daß die Verhandlungen zur Ernennung des neuen Leiters der Minderheitensektion sofort eingeleitet werden. Für diesen Posten wird nur eine Persönlichkeit in Frage kommen, die aus einem völlig neutralen Land stammt.

Die ungarische Delegation gibt heute ein Memorandum bekannt, das von der ungarischen Regierung über den Streitfall mit Rumänien dem Völkerbund Ende November übermittelt worden war. Das Memorandum enthält ein Schreiben des ungarischen Gesandten in Bukarest, Villani, an den Außenminister Titulescu, in dem nachdrücklichst darauf hingewiesen wird, daß die ungarische Regierung durchaus zu einer Verständigung bereit sei und jedes nur mögliche Entgegenkommen zeigen werde. Die ungarische Regierung wende sich direkt an die rumänische Regierung, um mit ihr eine freundschaftliche Regelung des Streitfalles zu finden. Die Regelung, die zwischen den beiden Regierungen getroffen werden könnte, würde keinesfalls eine Änderung des Vertrages von Trianon bedeuten; denn man würde auf einer Vereinbarung zwischen der rumänischen Regierung und den ungarischen Optanten bestehen. Die großen Richtlinien einer derartigen Vereinbarung könnten folgende sein: Die ungarischen Optanten verlangen keine Wiedergabe des bebauten Grund und Bodens und der Wiesen, die bereits auf dem Wege der Agrarreform aufgestellt sind, fordern jedoch hierfür eine entsprechende Entschädigung. Die Wälder, Weingärten, Gebäude und das Inventar seien jedoch hierbei nicht eingeschlossen, da sie sich noch im Besitze des rumänischen Staates befinden. Für die einzelnen Landparzellen sowie die anderen Liegenschaften, die Rumänien zur Durchführung der Agrarreform verwendet hat und die nicht wieder den bisherigen Besitzern zurückgegeben werden, sollen Entschädigungen gezahlt werden deren endgültige Festsetzung noch in Einzelverhandlungen erfolgen müßte. In diesen Verhandlungen wäre ferner eine gerechte Vereinbarung über die einzelnen Modalitäten der Zahlungen zu treffen. Die ungarische Regierung rechne damit, daß die rumänische Regierung von dem gleichen Geiste ehrlicher Verständigung beseelt sei wie Ungarn und bald eine Antwort gebe.

Rumänien wünscht die Behandlung des Optantenkonflikts. — Titulescu kommt nach Genf.

tu **Genf**, 5. Nov. Nachdem der Völkerbundsrat in seiner heutigen geheimen Vormittagssitzung die Vertagung des ungarisch-rumänischen Streitfalles auf die Märzsession des Völkerbundsrates beschlossen hatte, ist noch heute abend ein Telegramm des neuen rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu im Völkerbundssekretariat eingetroffen, in dem ausdrücklich beantragt wird, den ungarisch-rumänischen Streitfall Ende dieser Woche auf die Tagesordnung zu setzen. In dem Telegramm wird mitgeteilt, daß Titulescu Mitte der Woche in Genf eintreffen würde. Titulescu selbst hat seine Abreise nach Genf mitgeteilt.

In Völkerbundskreisen ist man der Ansicht, daß die rumänische Regierung das heute vormittag bekanntgegebene Telegramm Chamberlains noch nicht erhalten hat. In dem Telegramm hatte Chamberlain die rumänische Regierung von der Vertagung des Streitfalles auf die Märzsession des Rates in Kenntnis gesetzt. In dem Telegramm Bratianus an das Völkerbundssekretariat wird das Telegramm Chamberlains mit keinem Worte erwähnt. Welche Stellungnahme der Völkerbundsrat in einem Falle eines Eintreffens Titulescus in Genf einnehmen wird, steht noch nicht fest, da zunächst ein einheitlicher Beschluß des Völkerbundsrates vorliegt, die Angelegenheit auf die Märztagung des Rates zu verschieben.

Vor neuen französisch-russischen Verhandlungen?

tu **Genf**, 5. Dez. Von der russischen Delegation wird heute abend eine Erklärung über die Unterredung zwischen Briand und Litwinow verbreitet. Danach sei festgestellt worden, daß die Rakowski-Affäre von beiden Seiten als erledigt betrachtet werde. Die französisch-russischen Schuldenverhandlungen sollen wieder aufgenommen werden. Auch Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen Frankreich und Rußland sollen aufgenommen werden. In Bezug auf den polnisch-litauischen Streitfall sei die einheitliche Auffassung festgestellt worden, möglichst bald zu einer Beendigung des Kriegszustandes zu gelangen.



Graf Bernstorff, der deutsche Delegierte in der Abrüstungskommission des Völkerbundes.

Die Verhandlungen über die Besoldungsreform.

S **Berlin**, 5. Dez. **(Eig. Drahtbericht.)** Die Schwierigkeiten in der Behandlung der Besoldungsreform sind nach wie vor groß, und bei den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Parteien und zwischen den Parteien ist man noch zu keiner Einigung gelangt. Zur Zeit handelt es sich in der Hauptsache um die Stellung der Pensionäre und die Erhöhung der Bezüge für die Sozialrentner usw. Hier ist es allerdings gelungen, die Rechtsparteien — Deutschnationale und Deutsche Volkspartei — insofern zu dem Standpunkt des Zentrums zu bekehren, als die Zentrumsforderungen, bei einem Einkommen von 12 000 RM. Schluß zu machen und bei den Einkommen über 12 000 RM. von einer Erhöhung der Pensionsgehälter abzusehen, durchgedrungen sind. Eine strittige Frage besteht bezüglich die Wartestandsbeamten. Hier gehen die Bestrebungen dahin, diejenigen Beamten, die nicht mehr eingestellt werden können, zu pensionieren, was erhebliche Ersparnisse bringen würde. In welcher Weise sowohl die Frage der Erhöhung der Pensionen wie auch die der Wartestandsbeamten endgültig gelöst werden wird, steht noch nicht fest. Jedenfalls wird das Zentrum mit allem Nachdruck dahin streben, auch den übrigen notleidenden Kreisen, wie Sozialrentnern, Invalidenrentnern usw. eine Erhöhung ihrer Bezüge zukommen zu lassen. Hier sucht man zur Zeit im Zentrum nach Mitteln und Wegen, um die berechtigten Wünsche der notleidenden Kreise mit den finanziellen Möglichkeiten in Einklang zu bringen.

Unter Vorsitz des Reichskanzlers beschäftigte sich das Reichskabinett in seiner heutigen Nachmittagssitzung mit Besoldungsfragen.

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Eine historische Fraktionssitzung.

S **Berlin**, 5. Dez. **(Eig. Drahtbericht.)** Heute abend traten zum ersten Mal Zentrum und Bayerische Volkspartei zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Abg. v. Guérard gedachte dieses geschichtlich bedeutungsvollen Momentes mit einigen Worten der Würdigung. Es sei ein merkwürdiger Zufall, daß diese gemeinsame Sitzung die getrennten Brüder wieder im alten Zentrumsfraktionszimmer zusammenführe. Abg. v. Guérard begrüßte die Mitglieder der Bayrischen Volkspartei im Namen des Zentrums mit herzlichen Worten und besonders den an ihrer Spitze stehenden Fraktionsführer Prälat Leicht als früheres langjähriges Mitglied der Zentrumsfraktion. Prälat Leicht dankte im Namen der Bayerischen Volkspartei freudig bewegt und gab zu, in diesem Zimmer gastlich zu Hause zu sein. Für ihn bedeute der heutige Tag der gemeinsamen Fraktionsberatungen, wie sie auf der Grundlage der Regensburger Abmachungen als „Arbeitsgemeinschaft" gedacht sind, die Betätigung eines alten Wunsches und Gedankens, den er immer hochgehalten und für den er seine ganze Kraft eingesetzt habe, nämlich der Wiedervereinigung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei. Er schloß mit dem Wunsche, daß aus der Gemeinschaft Segen für das katholische Volk und das gesamte Vaterland erprießen werde. Dann wandten sich die beiden Parteien gemeinsam der zur Zeit politisch hochwichtigen Besoldungsfrage zu und brachten ihren Standpunkt zum Ausdruck. Es muß bei dieser Gelegenheit nochmals betont werden, daß beide Parteien, so sehr sie auch, bestrebt sind, in gemeinsamer nutzbringender Arbeit im Parlament vorzugehen, sich nach wie vor volle Entschließungsfreiheit vorbehalten.

Zu den geplanten Stillegungen in der Schwerindustrie.

Vorläufig kein Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums.

w **Berlin**, 5. Dez. **(Tel.)** Das Reichsarbeitsministerium hat den Blättern zufolge bis jetzt zu der bedrohlichen Schließung der Betriebe der Eisen-Großindustrie noch keine Stellung genommen. Man wird die Parteiverhandlungen abwarten, die Mitte der Woche beginnen. Das Reichsarbeitsministerium behält sich vor, im gegebenen Augenblick einzugreifen. Es ist auch der Ansicht, daß alles geschehen müsse, um einen solchen Konflikt mit seinen unübersehbaren Konsequenzen zu verhüten.

Ein Schreiben des christlichen Metallarbeiterverbandes an den Reichsarbeitsminister.

tu **Duisburg**, 5. Nov. Der christliche Metallarbeiterverband hat in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister Einspruch gegen die Darstellung des Generaldirektor Dr. Pönsgen in seinem Brief an den Minister vom 2. Dezember erhoben, wonach die Gewerkschaften die Einführung des schematischen Achtstundentages für die gesamte eisenschaffende und eisenverarbeitende Industrie, vollen Lohnausgleich usw. verlangen. Der christliche Metallarbeiterverbnad betont, daß diese Darstellung falsch sei, da sie die Stellung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu den Streitfragen in der nordwestdeutschen Gruppe unberücksichtigt läßt. Die Betriebsstillegung sei, bevor noch die eigentlichen Verhandlungen begonnen hätten, angedroht worden und bevor namentlich die Vorschläge des christlichen Metallarbeiterverbandes in ihren Auswirkungen geprüft worden seien. Der Minister wird aufgefordert, diese Prüfung zu veranlassen.

Wirtschafts- und Verkehrsfragen vor dem Reichstage.

pd **Berlin**, 5. Dez. **(Tel.)**

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 16 Uhr und gedenkt des Ablebens des Abg Silberschmidt (S), der am Sonnabend einem Schlaganfall erlegen ist.

Der Gesetzentwurf über die deutsch-portugisische Erklärung betreffend wechselseitige Anwendung des Haager Abkommens über den Zivilprozeß wird in allen drei Lesungen angenommen.

Abg. **Rädel** (K) beantragte sofortige Beratung eines kommunistischen Antrages, der sich gegen die in Aussicht gestellten

Stillegungen in der Eisenindustrie

wendet.

Die Abgg. **Müller-Franken** (S) und **von Guérard** (Z) halten es gleichfalls für notwendig, daß der Reichstag zu dieser Frage Stellung nehme, zunächst müßten sich aber die Fraktionen darüber aussprechen.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns** tritt der Behauptung entgegen, daß sich das Ministerium zu dem Antrag der Industrie auf Hinausschiebung der Durchführung der Verordnung über das Dreischichtensystem nicht geäußert habe, und stellt fest, daß eingehende Verhandlungen darüber stattgefunden hätten mit dem Ergebnis, daß die Industrie aufgefordert wurde, ihre Vorbereitungen zur Durchführung des Gesetzes nicht zu sistieren.

Der Antrag Rädel wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Zentrumsinterpellation über die

Notlage des Aachener Wirtschaftsgebietes

in Verbindung mit den Interpellationen der Wirtschaftsparteien über die Notlage in der Pfalz und im Rheinland und über die Verkehrsverhältnisse im Osten.

Abg. **Sinn**-Aachen (Z) begründet die Interpellation über die Notlage im Aachener Gebiet. Die Verhältnisse hätten sich dort dauernd verschlechtert. In den letzten Jahren seien in diesem

Deutsches Reich

Ministerpräsident Dr. Held trifft morgen in Berlin ein.

⊕ **München**, 5. Dez. **(Tel.)** Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held begibt sich heute abend in Begleitung des Finanzministers Dr. Schmelzle zum Zwecke der Vorbereitung der am 10. Januar stattfindenden Länderkonferenz nach Berlin.

Wirtschaftsbezirk 57 Industriebetriebe und zwei Bergwerke stillgelegt worden, weitere Stillegungen ständen bevor. Der Aachener Wirtschaftsbezirk habe die stärkste Erwerbslosigkeit aufzuweisen. Der Aachener Bergbau leide ganz besonders unter der Konkurrenz des Ruhrbergbaues. Der Redner hält es für wünschenswert, daß sich Reichs-Wirtschafts- und Reichsarbeitsminister persönlich von der Grenznot des Aachener Bezirks überzeugen. Es sei Eile geboten, wenn ein Gebiet ältester deutscher Kultur nicht wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden sollte. Man verlange von der Regierung keine Bevorzugung, sondern nur die paritätische Behandlung, die dem Binnenlande zuteil werde.

Reichswirtschaftsminister Dr. **Curtius** erklärte in seiner Antwort auf die Interpellation, die Reichsregierung verfolge mit Aufmerksamkeit und Sorge die wachsende Notlage im Aachener Gebiet. Sie prüfe im Einvernehmen mit der preußischen Staatsregierung, welche Maßnahmen zur Besserung getroffen werden könnten. Die besondere Notlage der Wirtschaft im Aachener Gebiet sei darauf zurückzuführen, daß die Eisenwerke dieses Bezirks ihrer Rohstoffbasis beraubt wurden. Weitere Schädigungen seien eingetreten durch die Besetzung und durch die Inflation in Frankreich und Belgien. Unter den Hilfsmaßnahmen, die erwogen werden, stehen an erster Stelle verkehrspolitische und tarifarische Erleichterungen. Die Reichsregierung ist mit der Reichsbahngesellschaft in Verhandlungen getreten. Sie hat auch im Sinne der Denkschrift des Verkehrsministers die Frage geprüft, ob und inwieweit ein weiterer Ausbau an Wasserstraßen und Eisenbahnen vorgenommen werden kann, in welcher Weise auch im allgemeinen dem notleidenden Gebiet auf verkehrspolitischem Gebiete geholfen werden kann. Die Regierung wird von der Reichsbahn bestimmte Zusicherungen über die künftige Tarifgestaltung im Sinne der allgemeinen Verminderung der Frachten im Aachener Bezirk zu erreichen suchen. Der Minister schließt mit der Versicherung, daß die Regierung die Lösung dieser Fragen nach Möglichkeit beschleunigen werde.

Abg. **Ehrhardt** (Z) begründet die Interpellation über

die Verkehrslage im Osten.

Schon vor 28 Jahren habe die preußische Regierung versprochen, entweder die Oderwasserstraße auszubauen oder die Eisenbahntarife für Oberschlesien zu verbessern. Heute seien für die Weiterführung des Mittellandkanals große Mittel bereitgestellt, aber die notwendigen Mittel für den Ausbau der Oderwasserstraße des Klodnitz-Kanals und eines billigen Transportweges des Reichenbach Neurode—Waldenburger Industrie- und Kohlenreviers fehlten. Dadurch mußten große Wirtschaftszweige Ober- und Niederschlesiens konkurrenzunfähig werden und zum Erliegen kommen.

Reichsverkehrsminister Dr. **Koch** erklärt, daß die Sorgen der schlesischen Wirtschaftskreise wegen der Beeinflussung der Absatz- und Wettbewerbslage Schlesiens durch den Bau des Mittellandkanals bei der Reichsregierung volles Verständnis finden. Neben Regulierungsarbeiten an der Oder sei der Bau eines Staubeckens bei Ottmachau vorgesehen. Die für 1928 angeforderten Geldmittel sind so stark eingeschränkt worden, daß mit der Fertigstellung des Mittellandkanals selbst dann nicht vor 1937 gerechnet werden kann, wenn es in den nächsten Jahren möglich sein sollte, höhere Bauraten zur Verfügung zu stellen. Entsprechende Einschränkungen sind auch für die Oder notwendig gewesen. In den folgenden Jahren werden jedoch zur planmäßigen Fortsetzung des Ausbaues der Oder weit höhere Beträge flüssig gemacht werden müssen, um u. a. das Staubecken bei Ottmachau planmäßig bis 1932 fertigstellen zu können. Der Abschluß der Vorarbeiten für den Klodnitzkanal ist in nicht mehr ferner Zeit zu erwarten. Von dem Ergebnis dieser Vorarbeiten wird es abhängen, ob der Kanal als wirtschaftlich und baumürdig empfohlen werden kann. Die Arbeiten für den Ausbau des Oder-Spree-Kanals werden voraussichtlich 1930 beendet sein. Nachdem sich die Finanzierung des für 1927 geplanten Reichsbahnbauprogramms bis jetzt noch nicht hat ermöglichen lassen, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, ob Reichsmittel für den Bahnbau im Waldenburger Industrie- und Kohlenrevier zur Verfügung gestellt werden können. Die Regierung ist sich jedoch der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Schlesiens bewußt und erkennt durchaus ihre Pflicht an, diesem Zapfeiler des Deutschtums jede mögliche Unterstützung zu gewähren.

Abg. **Hofmann-Ludwigshafen** (Z) begründet die Interpellation wegen der wirtschaftlichen und kulturellen Notlage der Rheinpfalz und weist darauf hin, daß Krieg und Nachkriegszeit dort besonders verheerende Wirkungen ausgeübt hätten. Namentlich in den Grenzbezirken befänden sich Landwirtschaft, Handel und Gewerbe in den schwierigsten Verhältnissen. Die Pfalz brauche eine große durchgehende Verkehrsstraße. Der Redner erklärte, daß die Pfälzer sich als Geiseln für das ganze deutsche Volk fühlten.

Abg. Dr. **Dryander** (DN) begründet Interpellationen über die Notlage der Pfalz und im Bezirk Trier.

Staatssekretär **Schmid** vom Ministerium für die besetzten Gebiete beantwortete die Interpellationen. Er erkennt die Berechtigung der von den Interpellanten vorgebrachten Klagen an. Die Grenzziehung des Versailler Vertrages habe der Wirtschaft in diesen Grenzgebieten schweren Schaden zugefügt. Es sei zu hoffen, daß durch das deutsch-französische Handelsabkommen auch von der Wirtschaft der Pfalz und der anstoßenden Gebiete die früheren Beziehungen wenigstens zum Teil wieder hergestellt werden können und dadurch wieder Industrie und Landwirtschaft stärkeren Absatz finden. Dazu komme der schwere Druck der Besatzung. Die Reichsregierung sei bereit, die Saargänger-Hilfe fortzusetzen und aus dem Grenzfond für den Westen Mittel bereitzustellen, um die härtesten Schäden insbesondere auch auf dem Gebiet der Verkehrsverhältnisse und des kulturellen Lebens zu beseitigen. Die Verhandlungen darüber seien im vollen Gange. Die Regierung werde auch bei der gegenwärtigen gespannten Finanzlage alles zur Milderung der bestehenden Schwierigkeiten tun. Eine dauernde wirtschaftliche Gesundung werde freilich erst erreicht werden mit der Beseitigung der unnatürlichen Saargrenze und der Besatzung.

Abg. Frau **Schiffgens** (Z) bezeichnet die Interpellationen der Regierungsparteien als einen staatlichen Wettlauf vor den Wahlen.

Nach weiterer Debatte wird die Beratung abgebrochen und die Weiterberatung auf Dienstag 16 Uhr vertagt.

Ferner steht auf der Tagesordnung die Bestimmung über die Mißtrauensvoten gegen die Reichsregierung, die Vorlage über die Krankenversicherung der Seeleute und der Bericht des Ausschusses über die Ruhrentschädigungen. — Schluß 19 Uhr.

Die Demokraten stimmen für die Mißtrauensanträge.

tu **Berlin**, 5. Dez. Die demokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer heutigen Sitzung, am Dienstag für die sozialdemokratischen und kommunistischen Mißtrauensanträge zu stimmen.

Preußischer Landtag.

pd **Berlin**, 5. Dez. **(Tel.)**

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung beantragten die kommunistischen Abgeordneten **Schubert** und **Pieck** die sofortige Beratung eines Antrages, der sich gegen die angedrohten Stillegungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wendet und eine Intervention der Reichsregierung gegen die beabsichtigte Betriebstillegung fordert.

Das kommunistische Verlangen auf sofortige Beratung dieses Antrages scheiterte am Widerspruch von Zentrumsabgeordneten.

Ein Antrag des bevölkerungspolitischen Ausschusses, der das Staatsministerium ersucht, die soziale Ausbildung einschließlich der Wirtschafts- und Berufsfürsorge einheitlich nach den bestehenden Bestimmungen weiter auszubauen, wurde, nachdem sich die Abgeordneten **Bräucker** (Z) und **Hartmann** (D) gegen die Annahme dieses Antrages ausgesprochen hatten, gegen Rechtsparteien und Zentrum abgelehnt.

Der vom Rechtsausschuß zur Ablehnung empfohlene demokratische Antrag, der durch eine Änderung des bürgerlichen Gesetzbuches die Frau berechtigen will, unter bestimmter Voraussetzung dem Familiennamen des Ehemanns den eigenen Familiennamen anzufügen, wird nochmals an den Rechtsausschuß zurückverwiesen.

Es folgte die Beratung über das

Niedersachsen-Programm.

Der Hauptausschuß hat dieses Programm abgelehnt und einen Antrag vorgelegt, wonach das Staatsministerium um Prüfung ersucht wird, ob und inwieweit eine besondere Notlage der Provinz Hannover, wie sie in dem deutschnationalen Urantrag angegeben sei, vorliege; gegebenenfalls soll das Staatsministerium baldigst Maßnahmen zur Behebung der Notlage treffen.

Abg. **Grebe** (Z) verweist darauf, daß die republikanische preußische Regierung sich bemüht habe, die Schäden in Hannover zu reparieren. Eine besondere Notlage brauche jedoch für Hannover nicht konstruiert zu werden.

Nach weiterer teilweise lebhafter Debatte wird die Vorlage über das Niedersachsen-Programm an den Ausschuß verwiesen.

Es folgt Besprechung des Berichts des Rechtsausschusses über einen

kommunistischen Amnestieantrag

der im Gegensatz zu der sogenannten Hindenburg-Amnestie eine volle Amnestierung der politischen Verbrecher herbeiführen wollte, mit Ausnahme der an Fememorden beteiligten. Der Rechtsausschuß hat die Ablehnung des kommunistischen Antrags beschlossen.

Abg. **Kuttner** (S) stellt die Fälle Hölz und Hitler gegenüber, deren Vergehen gleich seien. Hitler sei aber mit einer lächerlichen Festungsstrafe davongekommen, während Hölz schwer verurteilt worden sei. Redner verlangt, daß mit gleichem Maß gegen rechts wie gegen links vorgegangen werde. Die Sozialdemokraten hätten Vertrauen zu der Begnadigungspolitik des preußischen Justizministers. Das preußische Justizministerium sei gerecht und objektiv verfahren. Der kommunistische Redner müsse aber aus parteipolitischer Rücksicht anders reden als die tatsächlichen Verhältnisse es begründeten. (Lang dauernde Zurufe bei den Kommunisten. Abg. Pieck (K) wird wegen Beleidigung des Redners zur Ordnung gerufen.) Bei den deutschen Kommunisten heiße es mehr als bei anderen: Wess' Brot ich esse, dess' Lied ich singe. Die Kommunisten seien in Wirklichkeit sehr zufrieden mit der weitherzigen Amnestierungspolitik in Preußen.

Justizminister Dr. **Schmidt** erklärt, er sei bemüht, in vollster Objektivität seines Amtes zu walten. Einzelne Fälle würden nachgeprüft werden. Der Minister teilt mit, daß bereits 9000 Begnadigungen ausgesprochen seien. Eine Statistik werde herausgegeben werden. Es werde sich ergeben, daß dieselben Wirkungen erzielt worden seien, wie durch ein allgemeines Amnestiegesetz.

Abg. **Grzimek** (D) lehnt ein allgemeines Amnestiegesetz ab und erkennt an, daß der Minister die lobenswerte Begnadigungspraxis seines Vorgängers fortsetze. Er erklärt, seine Partei wolle aus Preußen den Hort der Freiheit für ganz Deutschland machen. (Lachen rechts.)

Abg **Pieck** (K) wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie nicht auf der Seite der werktätigen Masse, sondern auf der Seite der Bourgeoisie stehe. Für politische Verbrechen müßte eine Amnestierung erfolgen. Eine Bewährungsfrist reiche nicht aus.

Ein Schlußantrag Dr. **Grzimek** (D) wird angenommen. Das Haus stimmt dem Antrag des Rechtsausschusses zu und vertagt sich auf Dienstag 12 Uhr: Landgemeindeordnung und kleine Vorlagen.

Handel und Volkswirtschaft.

Die Textil-Konjunktur in Europa.

Abflauendes Geschäft in Deutschland. Krisenstimmung in England. Umsatzbelebung in Frankreich und Belgien. Günstige Aussichten für Kunstseide und Wolle.

Unter sämtlichen Ländern Europas hatte die deutsche Textilindustrie in den letzten Monaten den günstigsten Beschäftigungsgrad aufzuweisen. Man kann sogar behaupten, daß sie die Trägerin der Besserung des Textilgeschäftes für die meisten Staaten des Kontinents gewesen ist. Selbst England hat insofern durch die Belebung des deutschen Inlands-Textilgeschäftes profitiert, als große Aufträge der deutschen Baumwoll-Industrie nach Lancashire gegangen sind. Inzwischen mußten diese deutschen Käufe jedoch vermindert werden, erstens durch die Rückläufigkeit des Rohbaumwollpreises, daneben aber auch mit Rücksicht auf die nachlassende Konjunktur gerade in diesem deutschen Industriezweig. Wollgarnaufträge hat Deutschland demgegenüber bereits für das zweite Viertel 1928 nach Bradford gelegt. Ähnliche Bestellungen sind nach Belgien und Frankreich gegangen. Für die deutsche Wollindustrie wird man also noch mit einer monatelangen günstigen Beschäftigung rechnen dürfen, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten. Bezüglich der deutschen Seidenindustrie ist zu bemerken, daß diese im ganzen noch gut beschäftigt ist, trotzdem die Stockung im Auftragseingang in diesem Industriezweig mindestens so stark hervorgetreten ist, wie in der Baumwollindustrie. Die Klagen der deutschen Textilindustriellen beziehen sich eher auf schwierige Zahlungseingänge als als Auftragsmangel.

In England haben sich trotz der gesteigerten Lieferungen nach Deutschland die Verhältnisse in der Textilindustrie von Monat zu Monat zugespitzt. Im schlimmsten ist es um die Baumwollindustrie bestellt, soweit die Spinnereien amerikanischer Garne in Frage kommen. Der Verlust des chinesischen und eines Teiles des indischen Marktes, durch eine Zunahme der italienischen und japanischen Konkurrenz wird wohl kaum von der Lancashire Industrie ganz verwunden werden können. Eine ganze Anzahl englischer Baumwollspinnereien, der amerikanischen Sektion, sind bereits in Zahlungsschwierigkeiten geraten, weitere werden folgen. Inzwischen gewinnt es den Anschein, als ob die Kartellierungsbestrebungen doch noch zu einem Ziel führen sollten, obgleich der erste Versuch der durch die Cotton Yarn Association unternommen worden ist, bekanntlich scheiterte. Man denkt jetzt an eine Fusion der leistungsfähigsten Spinnereien, um eine Rationalisierung und Verbilligung der Erzeugung zu erzielen. In der englischen Wollindustrie liegen die Verhältnisse kaum günstiger. Die im Gang befindlichen Lohnverhandlungen können evtl. zu einem Streik führen, der einschließlich Nebenindustrien 150 bis 200 000 Personen umfassen würde. Der Export speziell der englischen Kammgarnwebereien im Gegensatz zu den Tuchwebereien, hat in den letzten Jahren eine stetige Verminderung erfahren. Die einzige Textilbranche die augenblicklich in England reüssiert, ist die Kunstseiden-Industrie; daneben besteht Nachfrage für feine ägyptische Baumwollgarne. Der letztere Industriezweig soll sogar noch ausbaufähig sein.

Die zuletzt aus Frankreich vorliegenden Berichte deuten darauf hin, daß nach der Stockung der Deflationsperiode eine Geschäftsbelebung in der Textilindustrie Platz gegriffen hat. Vorherrschend verfügt die französische Wollindustrie im Zusammenhang mit den deutschen Käufen neuerdings über größere Aufträge. Auch die Neugründungen in der Kunstseideindustrie lassen darauf schließen, daß ebenso wie in Deutschland und England dieser Industriezweig ganz beträchtliche Fortschritte macht. Zum Teil ist die Belebung in der französischen Baumwollindustrie auf die günstigen Wirkungen des deutsch-französischen Handelsvertragsabschlusses zurückzuführen, der auf der Gegenseite verantwortlich für die nachlassende Beschäftigung gewisser deutscher Textilbranchen ist.

Unter sämtlichen belgischen Textilindustriezweigen hat die Flachsindustrie wahrscheinlich am besten abgeschlossen. Belgien zählte zu den wenigen Ländern, welche angesichts der Flachspreishausse über eine reichlichere Flachsernte verfügten. Noch in dem letzten Monat fand eine Erhöhung der belgischen Flachsnotierungen um 10 bis 15 Prozent statt. In der belgischen Wollindustrie sind die Wollkämmereien außerordentlich günstig daran. Für die belgische Textilkonjunktur ist es typisch, daß die Garn- und Gewebe-Exporte aller Typen für die belgisch-luxemburgische Zollunion in den ersten 8 Monaten des laufenden Jahres einen Stand von 93 661 To. erreichten, gegenüber 86 365 To. in der gleichen Zeitspanne 1926. Die Ausfuhrerhöhung entfiel fast ausschließlich auf eine Zunahme des Leinen- und Flachsexports nach Deutschland.

Italiens Textilindustrie ähnelt in ihrer Lage sehr der englischen, obwohl zuletzt eine leichte Besserung in der Baumwollindustrie und eine entsprechende Ermäßigung der Betriebseinschränkungen eingetreten ist. Die italienische Wollindustrie beklagt ebenso wie die Baumwollindustrie die Zurückhaltung des inneren Konsums. Für beide Branchen kann der Export nur zu unlohnenden Preisen stattfinden, da die Deflation und die Steigerung der Lira den Billigkeitsvorsprung der italienischen Industrie beseitigt hat. Nur die Kunstseidenfabriken arbeiten in Italien ebenso wie in allen anderen europäischen Ländern lebhaft. Im Vergleich zu den ersten 3 Quartalen des Vorjahres, erhöhte sich der Kunstseidenexport Italiens von 7 395 000 auf 11 304 000 Kilo. Der italienische Seidenmarkt hat sich nach vorübergehender Belebung wieder verflaut. Die Seidenfabrikanten Deutschlands und Frankreichs haben größere Käufe im Voraus getätigt und nehmen Deckungen nur sehr selten vor. Der italienische Hanfmarkt hält sich lebhaft und fest.

Unter den übrigen europäischen Ländern ist bezgl. der Schweiz zu berichten, daß die dortige Textilindustrie im Zeichen guter Beschäftigung steht. In der Zeit von Januar bis Oktober 1927 erhöhte die Schweiz ihren Rohbaumwoll-Import um 33 Prozent, denjenigen für Flachs, Hanf und Jute um 25 Prozent, an Wolle um 5 Prozent. Die Garnausfuhr steigerte sich, soweit Baumwolle in Frage kommt, in der angeführten Zeitspanne um über 60 Prozent.

Unter den osteuropäischen Ländern haben die Tschechoslowakei und Polen einen starken Geschäftsaufschwung erzielen können, jedoch hat sich die Umsatztätigkeit neuerdings bereits wieder abgeschwächt. Maßgebend hierfür war hinsichtlich der Tschechoslowakei eine Verminderung der deutschen Baumwollgarnbezüge, während für beide Länder die Rückläufigkeit des Rohbaumwollpreises absatzhemmend wirkte. Auch Österreichs Textilindustrie klagt über diese beiden Faktoren, daneben empfindet man hier das Wiederauftauchen der elsässischen Konkurrenz sehr unangenehm. Die Aussichten sind zur Zeit nur für die europäische Kunstseiden-Woll- und daneben für die Flachsindustrie günstig.

Essener Kurenbörse.

tu **Essen**, 5. Dez. **(Tel.)** Die Umsatztätigkeit war heute wiederum klein und die Kurse gaben auf fast allen Marktgebieten weiter nach. Eine Ausnahme machten nur Kalikuxe, die einigermaßen Umsätze aufzuweisen hatten bei Kursgewinnen bis zu 300 Mark. Von Steinkohlenkuxen wurden nur Graf Schwerin auf letzter Preisgrundlage aus dem Markt genommen. Von Steinkohlenaktien waren Adler und Lothringen Bergbau im Verkehr bei einem Kursgewinn von etwa ein Prozent. Die Braunkohlenwerte lagen umsatzlos und unverändert. Von Kaliaktien wurden Burbach und Volkenroda je 100 Mk. höher gehandelt, sonst waren noch Umsätze in Siegfried I und II bei einem Kursgewinn von 50 Mk. Einigkeit wurden etwa zu letzten Preisen gesucht. Von Kaliaktien wurden Kaliindustrie, Kronsthall, Ronnenberg und Wittekind gehandelt, letztere minus 1 Prozent. Ronnenberg konnten ihren Kurs um etwa 3 Prozent verbessern. Von allgemeinen Industrieaktien war Geschäft in Urdinger Waggon.

Ausländische Wechselkurse.

tu **Zürich**, 5. Dez. **(Tel.)** Berlin 123,90; Wien 73,10; Prag 15,36; Holland 209,55; Newyork 5,1835; London 25,30½; Paris 20,40½; Italien 28,14½; Brüssel 72,50; Kopenhagen 139; Stockholm 139,90; Oslo 138; Madrid 88,20.

tu **Amsterdam**, 5. Dez. **(Tel.)** London 12,07 9/16; Berlin 59,13½; Paris 9,73⅝; Schweiz 47,73; Wien 34,89; Kopenhagen 66,35; Stockholm 66,78; Oslo 65,85; Newyork 2 4738; Brüssel 34,61½; Madrid 41,16; Italien 13,43.

Warenmärkte.

Hamburger Warenmarkt.

tu **Hamburg**, 5. Dez. **(Tel.)** Kaffee: Brasilofferten waren bis 1 Sh. höher. Am Terminmarkt war die Tendenz fast unverändert ruhig, ebenso die Lage am Lokomarkt. — Kakao: Der Markt ist für accra neue Ernte weiter abgeschwächt. Die zweite Hand bietet für accra good fermented neue Ernte Dezember-Januar 58,6 bis 58, in schwimmender Ware je nach Position 60 bis 59,6. Bahia forderte unverändert für superior Bahia Dezember-Januar 64 Kostfracht. — Reis: Blue rose tendiert weiterhin fest, die übrigen Provenienzen behaupteten ihre Preise. Das Geschäft hielt sich auf Basis unveränderter Preise in den gewohnten Grenzen. — Schmalz: Tendenz schwächer: Amerikanisches 29,25, raffin. 31,25—33, Hamburger Schmalz 35,25 Dollar je 100 Kg. netto. — Getreide: Der Markt war stetig, das Geschäft verhältnismäßig klein. Roggen 215—230; Hafer 205—215, Auslandsgerste 202 bis 210, Mais 165 bis 170, Hirse 9 bis 9,5, sonst unverändert. — Mehl: Tendenz fest, Preise jedoch unverändert. — Hülsenfrüchte: Bei befriedigendem Bedarfsgeschäft sind Preisveränderungen nicht eingetreten. — Futtermittel: Tendenz ruhig, Preise bei mittlerem Geschäft unverändert. — Öle und Fette: Geschäft ruhig, Preise unverändert. — Chemikalien: Tendenz stetig bei teilweise höheren Preisen. — Paraffin und Wachs: Tendenz ruhig, Preise unverändert. — Montagschemikalien: Tendenz ruhig. — Montagsgewürze: Tendenz fest bei gutem Bedarfsgeschäft.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

Chicago	5. 12	3. 12		5. 12	3. 12
Weizen Dez.	129	129⅞	Hafer Dez.	51¼	52¼
„ März	134⅜	133⅝	„ März	54¼	55⅝
„ Mai	134⅝	135⅜	„ Mai	56	57
Mais Dez.	89⅜	95⅜	Roggen Dez.	108¼	110
„ März	94⅛	5⅜	„ März	108¾	110
„ Mai	96⅞	98¼	„ Mai	109⅜	110⅜

Newyork	5. 12	3. 12.		5. 12	3. 12
Weizen Domestic Sept.	—	—	Weizen Bonded Okt.	—	—
„ Dez.	—	—	„ Dez.	—	—

Locopreise.

Chicago	5. 12.	3. 12.	Newyork	5. 12	3. 12.
Weizen Rot. Som.-Wint. Nr. 2	—	—	Weizen Manitoba Nr. 1	158¼	150½
Hart.	132½	133½	Rot Som.-Wint. Nr. 2	150	15⅞
Gemischter Nr. 2 „ „	—	—	Hart. „ „	143	143⅞
Hart. Som.-Wint. Nr. 3	—	—	Mais, neu ant. Ernte	103⅜	105¼
Mais, gelb Nr. 2	95	94⅞	Roggen, fr. 4 fob. N.Y.	132	120
Hafer, weiß Nr. 2	54	57½	Gerste, Malting	100	100
Roggen, Nr. 2	—	—	Mehl, Spring wheat clears¹)	675—	650—
Gerste, Malting	87-93	—		700	700

Frachten:		5. 12.	3. 12.
Fracht nach England²)		2—2,5	2—2,6
„ „ Kontinent³)		14—15	14—15

Anmerkung: ¹) Per 196 lbs. ²) In Shillings und Pence per 480 lb. ³) In Dollarcents per 100 lbs.

Metallnotierungen.

tu **Hamburg**, 5. Dez. **(Tel.)** Silber, Brief 81, Geld 80; Zink, Brief 54,5, Geld 54. Terminnotierungen. Kupfer: Dezember Brief 125,75, Geld 125; Januar bez. 125,25, Brief 125,50, Geld 125; Februar bez. 125,5—125,25, Brief 125,50, Geld 125,25; März bez. 126, Brief 126, Geld 125,75; April Brief 126, Geld 125,75; Mai bez. 125, Brief 126, Geld 125,75; Juni Brief 126,25, Geld 125,75; Juli Brief 126,25, Geld 125,75; August Brief 126,50, Geld 126; September Brief 126,50, Geld 126; Oktober Brief 126,50, Geld 126; November Brief 126,50, Geld 126. Tendenz: fest. Zinn: Dezember Brief 546, Geld 542; Januar Brief 544, Geld 540; Febr. Brief 542, Geld 538; März Brief 540, Geld 536; April Brief 539, Geld 532; Mai Brief 538, Geld 534. Tendenz: fest.

tu **London**, 5. Dez. **(Tel.)** Schluß. Kupfer Standard per Kassa 60⅜—60 7/16; dito per drei Monate 60⅝—60 11/16; Elektrolytkupfer 65,75—66,25; Best Selected 64,25—65,5; Zinn Standard per Kassa 269—269,25; dito per drei Monate 265⅞—265⅝; Blei per Kassa 22⅝; dito per drei Monate 23 3/16; Zink per Kassa 27; dito per drei Monate 26 11/16; Silber per Kassa 26 15/16; dito per drei Monate 26⅝; Gold —.

Baumwollnotierungen.

tu **Bremen**, 5. Dez. **(Tel.)** Terminschlußkurse. Dezember 20,75—20,95; Januar 20,80—20,98; März 21,05—21,13; Mai 21,30—21,35; Juli 21,28—21,33; Oktober Brief 20,95, Geld nicht notiert. Tendenz: willig.

tu **Liverpool**, 5. Dez. **(Tel.)** Schluß. Dezember 10,39; Jan. 10,41; März 10,41; Juli 10,37; Oktober 10,11. Tendenz: willig. Umsätze 7000.

tu **Newyork**, 5. Dez. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember 19,43 bis 19,50; Januar 19,36—19,40; März 19,51—19,54; Mai 19,64 bis 19,65; Juli 19,60—19,62; Oktober 19,22. Tendenz: willig.

tu **Newyork**, 5. Dez. **(Tel.)** Zweites. Dezember 19,31; Januar 19,24; März 19,46; Mai 19,60; Juli 19,60; Oktober 19,17. Tendenz: willig. Zufuhr 45 000.

tu **Newyork**, 5. Dez. **(Tel.)** Schluß. Dezember 19,20; Januar 19,16—17; März 19,35—38; Mai 19,48—53; Juli 19,51—53; Oktober 19,08—10. Loko: 19,65. Tendenz: träge.

tu **New Orleans**, 5. Dez. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember 19,40; Januar 19,48; März 19,67; Mai 19,75; Juli 19,68; Oktober —. Tendenz: kaum stetig.

tu **New Orleans**, 5. Dez. **(Tel.)** Zweites. Dezember —; Januar 19,39; März 19,58; Mai 19,68; Juli —; Oktober —. Tendenz: willig.

tu **New Orleans**, 5. Dez. **(Tel.)** Schluß. Dezember 19,15; Januar 19,26—29; März 19,45—47; Mai 19,55—57; Juli 19,44; Oktober 18,91—95. Loko: 19,21. Tendenz: kaum stetig.

Viehmärkte.

tu **Elberfeld**, 5. Nov. **(Tel.)** Auftrieb: Großvieh 614, Ochsen 165, Bullen 62, Kühe 243, Färsen 102, Fresser 42, Kälber 431, Schafe 70, Schweine 2892. Marktverlauf: Großvieh mittel, jedoch Kühe schlecht. Kälber und Schweine mittel. Ochsen a1) 58—67; a2) —; b1) 52—56; b2) —; c) 46—50; d) —; Bullen a) 54—56; b) 48—52; c) 44—46; d) —; Kühe a) 50—52; b) 40—48; c) 34—38; d) 21—30; Färsen a) 58—60; b) 52—56; c) 42—50; Fresser 42—46; Kälber a) —; b) 75—82; c) 65—70; d) 50—60; Schafe —; Schweine a) 55—56; b) 65—66; c) 63—64; d) 62—63; e) 60—61; f) —; g) 50—57.

tu **Düsseldorf**, 5. Dez. **(Tel.)** Auftrieb: Ochsen 38, Bullen 21, Kühe 148, Färsen 25, Fresser 1, Kälber 239, Schafe 55, Schweine 3279, 4 Ziegen. Marktverlauf: Großvieh und Kälber langsam, Schweine mittelmäßig. Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.: Ochsen a1) 62—64, a2) —, b1) 57—60, c) 50—55; Bullen a) 56—59, b) 50—54, c) —; Kühe a) 50—55, b) 43—48, c) 33—40, d) 20—30; Färsen a) 57—60, b) 50—55, c) 42—48, Fresser —; Kälber a) —, b) 75—83, c) 60—70, d) 45—55; Schafe a) —, b) 45—50, c) 30 bis 40; Schweine a) —, b) 61—64, c) 62—64, d) 58—62, e) 55—59, f) —, g) 50—56.

tu **Köln**, 5. Nov. **(Tel.)** Auftrieb: Großvieh 994, Ochsen 242, Bullen 74, Kühe 594, Färsen 79, Fresser 5, Kälber 823, Schafe 212, Schweine 8079. Marktverlauf: Großvieh: beste Tiere auch noch höher bezahlt, ruhig, geräumt. Kälber und Schafe ruhig, geräumt. Schweine: sehr ruhig und voraussichtlich geräumt. Ochsen a1) 60—64, a2) 54—58; b1) 43—51; b2) 40—48; c) 25—38; d) —; Bullen a) 54—58; b) 48—52; c) 40—45; Kühe a) 50—54; b) 40—47; c) 28—36; d) 20—26; Färsen c) 51—59; b) 47—52; c) 40—45; Fresser —; Kälber a) 85—108; b) 72—80; c) 60—70; d) 48—58; Schafe a1) 50—53; a2) —; b) 35—45; c) —; d) —; Schweine a) 59—62; b) 58—62; c) 57—62; d) 55—60; e) 50—55; f) —; g) 50—56.

Aus der Stadt.

Münster, 6. Dezember.

+ **Ausbildung in der Säuglingspflege.** In der Sitzung des Preußischen Landesgesundheitsrates am 30. November wurde über die Ausbildung in der Säuglingspflege beraten. Der Preußische Landesgesundheitsrat sprach sich wie der Amtliche Preußische Pressedienst erfährt, grundsätzlich dafür aus, daß unter Beibehaltung der zweijährigen Ausbildungszeit für Säuglingskrankenpflegerinnen der Plan einer einjährigen Ausbildung für Säuglingsfamilienpflegerinnen in Preußen weiter verfolgt werde, wenn damit eine Vereinheitlichung der Ausbildung in der Säuglingspflege im Reiche zu erzielen sei.

Monatsstatistik der Stadt Münster.

Einwohner am Monatsende November 1927 113 804 (Ende November 1926: 110 214); Geburten 173 (216); Sterbefälle 98 (122); Eheschließungen 102 (76); Unterstützte Erwerbslose (im Durchschnitt) 450 (1182); Arbeitsuchende männliche Personen 875 (1531); Arbeitsuchende weibliche Personen 293 (425); Fremde in Gasthöfen 10 933 (9239); Zugang an Gebäuden 42 (21), davon Wohnhäuser 24 (13); Zugang an Wohnungen 72 (30), mit Wohnräumen 338 (133); Baugenehmigungen für Gebäude 27 (18), davon Wohnhäuser 12 (14), mit Wohnungen 46 (37); Unterschied zwischen Ein- und Auszahlungen bei der städtischen Sparkasse (Sparverkehr) + 320 445 (+ 334 833); Eingelaufene Schiffe 110 (83), mit Ladung in Tonnenzahl 16 901 (15 478); Ausgelaufene Schiffe 111 (79); mit Ladung in Tonnenzahl 634 (1122); Fahrgäste der Straßenbahn 710 117 (882 253); Fahrgäste der Autobusse 67 899 (50 432); Besucher der Vorstellungen im Stadttheater 17 720 (17 735); Bäder im Stadtbad I 22 606 (24 171). Bäder im Stadtbad II 4472 (4516); Schlachtungen auf dem Schlachthof 3386 (3094).

Schwurgericht.

w **Münster**, 5. Dezember.

Die neunte und letzte diesjährige Schwurgerichtsperiode wurde am Montag unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Langes** eröffnet. Zur Verhandlung stehen wiederum drei Meineidssachen, von denen zwei in der letzten Periode bereits verhandelt wurden. Sie mußten vertagt werden, weil einige Zeugen nicht erschienen waren. Nach der üblichen Belehrung der sechs Geschworenen wurde in die Verhandlung eingetreten. Auf der Anklagebank sitzt die 19jährige Haustochter Hildegard **Brinkmann** aus Werse, Kr. Tecklenburg die beschuldigt wurde, am 15. September vor. Js. vor dem Amtsgericht Tecklenburg in einer Alimentensache wissentlich ein falsches Zeugnis mit ihrem Eide bekräftigt zu haben. Zu der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung sind mehr als 30 Zeugen geladen. Die Sitzung zog sich bis in den späten Abend hin. Um 10½ Uhr wurde das Urteil verkündet. Es lautet: Die Angeklagte wird freigesprochen, die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Aus den Provinzen.

⊛ **Rinkerode**, 5. Dez. (Einbruch.) Diebe suchten in der Nacht zum Sonntag den Gutsbesitzer Dahlhoff in Rinkerode heim und stahlen aus dem Geflügelstall Gänse, Enten und anderes Geflügel. Die Einbrecher müssen sehr vorsichtig zu Werke gegangen sein, da die Hausbewohner vom Diebstahl nichts merkten. Erst am Sonntagmorgen machte der Bestohlene die unangenehme Entdeckung. Von den Dieben hat man bisher keine Spur.

⊛ **Borghorst**, 6. Dez. (Gestohlen) wurden in der Nacht zum Sonntag aus dem Schuhwarengeschäft Peters, Münsterstraße, 25 Paar Schuhe. Mit Hilfe eines deutschen Schäferhundes vom Metzgermeister Huesmann, der an zwei Paar Schuhen, die am Sonntagmittag in der Nähe der Bahngleise gefunden wurden, Witterung genommen hatte, konnten zwei Diebe acht Kilometer entfernt bei einem Kotter in Nordwalde festgenommen werden. Von den gestohlenen Schuhen wurden 16 Paar wieder herbeigeschafft. Die Diebe wurden im Auto nach hier in sicheres Gewahrsam gebracht. Sie stammen aus Gelsenkirchen. Man vermutet noch einen Mithelfer, der in Borghorst zu suchen sein dürfte.

○ **Lüdinghausen**, 3. Dez. (Verschiedenes.) Die Kreisverkehrsgesellschaft Lüdinghausen beabsichtigt, sobald die Regierung die Konzession erteilt hat, eine zweimalige Autoverbindung zwischen Werne und Herbern einzurichten. Die Wagen sollen so laufen, daß vormittags Anschluß an die erste Reichspost zum Bahnhof Mersch gesichert und der Wagen dann kurz nach 8 Uhr wieder in Werne ist. Die Rückfahrt von Werne (zweite Fahrt) ab Werne 1 Uhr, mit Anschluß nach Mersch und Lüdinghausen. Außerdem soll eine Verbindung Werne—Lünen—Cappenberg—Bork—Selm nach Lüding aufen geschaffen werden.